

Vereinigtes Königreich

Birgit Bujard

Nachdem sich in weniger als einem Monat nach dem britischen Votum für einen Austritt aus der Europäischen Union (Brexit)¹ vom 23. Juni 2016 die bisherige Innenministerin Theresa May in einem innerparteilichen Wettbewerb als Nachfolgerin des zurückgetretenen Premierministers David Cameron hatte durchsetzen können, sah es zunächst danach aus, dass mit ihr das Land politisch zur Ruhe kommen würde. Doch auch May, die Teil des für einen EU-Verbleib eintretenden Remain-Lagers gewesen war, geriet schnell durch die ultra-europaskeptischen Kräfte in der konservativen Partei (Tories) unter Druck, einen ‚harten‘ Brexit zu forcieren, demzufolge das Land den EU-Binnenmarkt und die Zollunion verlassen würde. Zudem zeigte die neue Regierung wenig Gespür für die fragile politische Lage im Land. So war sie nur nach einem Urteil des Supreme Courts bereit, dem Parlament das Recht zuzugestehen, über die Inkraftsetzung von Art. 50 des Vertrags über die Europäische Union (EUV), mit dem die offiziellen Austrittsverhandlungen eingeleitet wurden, zu entscheiden. Ebenso zeigte sie wenig Sensibilität für die Belange der Regionen, von denen Schottland und Nordirland gegen einen Austritt gestimmt hatten. Dies führte insbesondere zu Auseinandersetzungen mit der Regionalregierung in Edinburgh. Eine von May überraschend anberaumte Parlamentswahl im Sommer 2017, mit der sie die eigene knappe Mehrheit auszubauen hoffte, sorgte weiterhin dafür, dass das Land politisch nicht zur Ruhe kam. Der Wahlkampf endete schließlich mit dem Verlust der konservativen Mehrheit und einem ‚hung parliament‘, in dem keine Partei eine Mehrheit hatte. Zur Absicherung ihrer Minderheitsregierung entschied sich die geschwächte Premierministerin dazu, ein Duldungsabkommen mit der nordirischen Democratic Unionist Party (DUP) zu schließen. Zu Beginn der Austrittsverhandlungen mit der Europäischen Union zeigte sich bereits am 19. Juni, dass die Regierung seit dem Referendum weder in der Lage gewesen war, eine kohärente Vision für die zukünftigen Beziehungen des Landes zur Europäischen Union zu entwickeln, die mehr als nur die Verfechter eines ‚harten‘ Brexits ansprach. Noch hatte sie es vermocht, die Frage zu beantworten, wie ein geordneter Rückzug aus der Union aussehen sollte.

Regierungsbildung

Nach der Rücktrittserklärung Camerons infolge des Austrittsvotums wurde bald Innenministerin May zur Favoritin für die Nachfolge.² Mitte Juli wurde sie neue Premierministerin, nachdem sie sich gegen ihre vier innerparteilichen Gegenkandidaten durchgesetzt hatte. Bei ihrem Amtsantritt erklärte sie, es werde keine Neuwahlen geben und sie bleibe bis zur nächsten Wahl im Jahr 2020 Regierungschefin.³

1 Siehe auch den Beitrag „Brexit“ in diesem Buch.

2 The Guardian: The Guardian view on the Conservative leadership contest: adrift in a new world, 1.7.2016.

3 George Parker: May to ‘make Brexit a success’ as UK’s first female PM in 26 years, in: Financial Times, 12.7.2016.

Dass May andere Prioritäten setzte als ihr Vorgänger zeigte sich bereits bei der Ernennung ihres Kabinetts. Sie entließ George Osborne, Schatzkanzler seit 2010 und Weggefährte Camerons, und ernannte den bisherigen Außenminister Philip Hammond zu dessen Nachfolger. Die administrative Arbeit der Austrittsverhandlungen sollte ein eigens dafür eingerichtetes Ministerium unter der Leitung des ‚Brexiters‘ David Davis übernehmen. Neben ihm ernannte May zwei weitere Brexit-Befürworter in Ämter mit Bezügen zum anstehenden EU-Austritt: Liam Fox wurde Minister für internationalen Handel und Boris Johnson Außenminister.⁴ Insbesondere Johnsons Ernennung wurde im In- und Ausland mit Befremden aufgenommen.⁵

‚Brexit means Brexit‘ – Auf dem Weg zu einer britischen Verhandlungsposition

Bereits im Sommer 2016 hatte May angekündigt, dass die Austrittserklärung nach Art. 50 EUV nicht vor Ende des Jahres erfolgen werde. Zudem erklärte sie, dass die Zustimmung des Parlaments nicht nötig sei, um das Austrittsgesuch zu stellen.⁶ Bei ihrem Amtsantritt hatte May zum EU-Austritt nur gesagt, dass ‚Brexit Brexit bedeute‘ (‚Brexit means Brexit‘), und ein zweites Referendum ausgeschlossen.⁷ Doch es zeigte sich schnell, dass es zu der Frage, wie dieser Austritt aussehen sollte, innerhalb der Regierung verschiedene Antworten gab. Zwar erklärte das Kabinett nach seiner ersten Sitzung zum Thema, man strebe in den zukünftigen Beziehungen zur Europäischen Union ein einzigartiges Modell an, welches Großbritanniens Rolle als eine der großen Handelsnationen der Welt bestätige. Doch innerhalb des Kabinetts war die Frage strittig, wie die Balance zwischen Marktzugang (durch Mitgliedschaft im EU-Binnenmarkt und Zollunion) und Einwanderung aussehen sollte. Fox plädierte etwa für einen Austritt aus der EU-Zollunion, um in Zukunft eigene Handelsabkommen abschließen zu können. Die Freiheiten, die Großbritannien durch einen Austritt aus der Zollunion erhalten würde, so Foxs Argumentation, würden die Verluste dessen aufwiegen. Andere Ministerien inklusive der Schatzkanzlei sahen dies skeptisch.⁸ Im September wiederum erklärte Brexit-Minister Davis im Parlament, ein Verbleib Großbritanniens im Binnenmarkt sei sehr unwahrscheinlich. Die Premierministerin distanzierte sich von Davis’ Aussage und ließ über ihre Sprecherin erklären, der Minister habe seine persönliche Meinung geäußert.⁹

Beim Parteitag der Konservativen im Oktober gab May erste Hinweise auf die Pläne der Regierung zum EU-Austritt. In ihrer Parteitagssrede erklärte sie, die Artikel 50-Notifizierung werde bis Ende März 2017 erfolgen. Auch deutete sie einen Austritt aus dem EU-Binnenmarkt an, da sie ankündigte, dass Großbritannien nach dem Verlassen der Europäischen Union nicht mehr die Jurisdiktion des Gerichtshofs der Europäischen Union (EuGH) akzeptieren und darauf bestehen werde, vollständige Kontrolle über die eigene Einwanderungspolitik zu haben.¹⁰

4 Jochen Buchsteiner: Die Entmachtung der Eton Boys, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.7.2016.

5 Frankfurter Allgemeine Zeitung: Kritik an Ernennung Johnsons zum Außenminister, 15.7.2016.

6 Kate Allen/George Parker: Article 50 to be triggered early next year despite fears, in: Financial Times, 2.9.2016.

7 Financial Times: A new prime minister – now comes the hard part, 12.7.2016.

8 Kate Allen/Henry Mance/Jim Pickard: May eyes ‘unique’ post-Brexit model for UK to stay ‘great’ trading nation, in: Financial Times, 1.9.2016.

9 Frankfurter Allgemeine Zeitung: Brexit spaltet britische Regierung, 8.9.2016.

10 Kate Allen/Alex Barker/George Parker: May sets Brexit course with hint of clean break from single market, in: Financial Times: 3.10.2016.

Zeitgleich sah sich die Regierung mit einer Klage vor dem Hohen Gerichtshof konfrontiert, die infrage stellte, dass sie ohne ein Parlamentsvotum das Recht habe, die Notifizierung des EU-Austritts gemäß Art. 50 EUV vorzunehmen.¹¹ Anfang November entschied das Gericht, die Regierung habe nicht wie bei anderen internationalen Verträgen auf Basis der Exekutivvollmacht („royal prerogative“) die Entscheidungshoheit über die Austrittserklärung. Dies, so die Richter, könne nur infolge eines Votums des Parlaments geschehen. Die Regierung ging in Berufung.¹²

Erst am 17. Januar 2017 erläuterte May in einer Grundsatzrede ihre Ziele für die Austrittsverhandlungen und ihre Perspektive der zukünftigen Rolle des Landes in der Welt. Die Regierung wolle ein globales Großbritannien entwickeln, so die Regierungschefin. Man werde sowohl den Binnenmarkt als auch die Zollunion verlassen. Stattdessen wolle man ein umfassendes und ambitioniertes Freihandelsabkommen und ein nicht näher spezifiziertes Zollabkommen mit der Europäischen Union abschließen. Die Verhandlungen dafür sollten innerhalb der zweijährigen Verhandlungsfrist für den EU-Austritt abgeschlossen werden. Ferner, erklärte May, müsse es eine Phase geben, in der die neue Beziehung zwischen der Europäischen Union und Großbritannien umgesetzt werde, aber keine unbegrenzte Übergangsfrist. Nach dem EU-Austritt werde Großbritannien nicht mehr der Rechtsprechung des EuGH unterliegen. Ebenso werde es eigenständig die Einwanderung aus den europäischen Ländern kontrollieren. Ein Ausscheiden aus dem gemeinsamen Markt bedeute zudem, dass das Land nicht mehr große Beiträge zum EU-Haushalt würde leisten müssen. Sowohl hinsichtlich des Freihandelsabkommens als auch eines neuen Zollabkommens mit der Europäischen Union zeigte May, dass sie Großbritannien von unliebsamen Teilen (wie der Personenfreizügigkeit) befreien, aber vorteilhafte Elemente behalten wollte. So könne man Aspekte der bestehenden Binnenmarktregeln in bestimmten Bereichen wie etwa Automobil- und Finanzdienstleistungssektor beibehalten, sagte sie. An zollfreiem Handel sei man interessiert, aber die bestehende Bindung an gemeinsame Außenzölle lehne man ab, da dies das Land daran hindere, eigene Handelsabkommen abzuschließen. An Zusammenarbeit in den Bereichen Forschung, Wissenschaft und Technologie zeigte sich May weiterhin interessiert. Ebenso signalisierte sie, dass die Regierung auch künftig bei der Kriminalitäts- und Terrorismusbekämpfung und in der Außenpolitik eng mit der Europäischen Union und ihren Mitgliedern zusammenarbeiten wolle. Allerdings, so warnte die Regierungschefin, verzichte man lieber auf ein Abkommen über den EU-Austritt als ein für Großbritannien schlechtes Abkommen abzuschließen.¹³

Ende Januar bestätigte der Supreme Court die Entscheidung des Hohen Gerichtshofs, dass die Regierung das EU-Austrittsgesuch nur nach Zustimmung des Parlaments stellen dürfe. Allerdings entschied das Gericht auch, dass die Regionalregierungen von Schottland, Wales und Nordirland kein Mitspracherecht im Austrittsprozess hätten. Die Londoner Regierung brachte daraufhin einen Gesetzentwurf zur Zustimmung zur Notifizierung nach Art. 50 EUV ins Parlament ein.¹⁴

11 Oliver Wright/Francis Elliott: May accuses Tory Remainers, in: The Times, 3.10.2016.

12 David Allen Green: Article 50 is taken out of May's hands, in: Financial Times, 4.11.2016.

13 Theresa May: The government's negotiating objective for exiting the EU, 17.1.2017, abrufbar unter: <https://www.gov.uk/government/speeches/the-governments-negotiating-objectives-for-exiting-the-eu-pm-speech> (letzter Zugriff: 13.8.2017).

14 Kate Allen/Jane Croft/George Parker: May hurries to keep Brexit timetable on track after blow from highest court, in: Financial Times, 25.1.2017.

Mitte März konnte die Regierung das Gesetz mit klaren Mehrheiten in beiden Parlamentskammern verabschieden. Starke Opposition im Unterhaus gab es nur von den Liberaldemokraten (Liberal Democrats), der Scottish National Party (SNP) und den nordirischen Nationalisten (Sinn Féin).¹⁵ Bei den Tories rebellierte nur ein Abgeordneter und auch die meisten Labour-Abgeordneten unterstützten das Gesetz. Der Labour-Parteiführer Jeremy Corbyn hatte seiner Fraktion für die Abstimmung eine innerparteilich umstrittene ‚three-line-whip‘, die höchste Stufe von Fraktionszwang im britischen Parlament, auferlegt. Während die meisten Fraktionsmitglieder folgten, weigerten sich 52. Vier davon waren Mitglieder von Corbyns Schattenkabinett, die aufgrund dessen von ihren Ämtern zurücktraten.¹⁶ Das Oberhaus versuchte, den Gesetzentwurf um eine Garantie der Rechte von EU-Bürgern im Land sowie der Notwendigkeit eines ‚bedeutungsvollen‘ Parlamentsvotums über das zukünftige Austrittsabkommen zu erweitern. Das Unterhaus lehnte beide Anträge ab, was das Oberhaus akzeptierte. Damit war der Weg zur Austrittserklärung frei.¹⁷

Am 29. März 2017 sandte die Premierministerin die Erklärung an den Präsidenten des Europäischen Rates Donald Tusk, mit der formell die zweijährige Austrittsfrist eingeleitet wurde. Neben dem EU-Austritt kündigte sie ebenfalls das Ausscheiden aus der europäischen Atomgemeinschaft Euratom an. May rief dazu auf, parallel den Austrittsvertrag und das Abkommen über die zukünftige Beziehung zwischen der Europäischen Union und Großbritannien zu verhandeln. Des Weiteren forderte sie eine frühe Klärung der Rechte britischer Bürger in der Union und EU-Bürger in Großbritannien. Zudem wolle ihre Regierung eine harte Grenze zwischen der Republik Irland und Nordirland vermeiden, auch um den irischen Friedensprozess nicht zu gefährden.¹⁸

Die Oppositionsparteien

Ende Juni 2016 musste sich Labour-Chef Corbyn einem Misstrauensvotum seiner Fraktion stellen. 40 Abgeordnete unterstützten ihn, 172 nicht. Corbyn, der von der Parteibasis gewählt worden war und sich von dieser weiterhin unterstützt sah, weigerte sich, zurückzutreten. Oppositionelle Labour-Abgeordnete begannen daraufhin, eine Kampfabstimmung um den Parteivorsitz vorzubereiten.¹⁹ Der Großteil seiner Fraktion warf Corbyn vor, er habe sich während des Referendumswahlkampfes nicht engagiert genug für einen EU-Verbleib eingesetzt und versäumt, Labours Kernwähler davon zu überzeugen für einen solchen zu stimmen.²⁰ Während Corbyn argumentierte, das Referendumsergebnis bedeute den EU-Austritt, erklärte sein Gegenkandidat im Wettbewerb um den Parteivorsitz, Owen Smith, die Bürger sollten in einem zweiten Referendum oder in einer Parlamentswahl über das Ergebnis der Austrittsverhandlungen abstimmen können.²¹ Ende September wurde das Ergebnis der Urwahl bekannt gegeben. Mit 62 Prozent der Stimmen

15 Jochen Buchsteiner: Ein Kraftakt steht bevor, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.3.2017.

16 Jochen Buchsteiner: Mays großes Wagnis, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.4.2017; Heather Stewart/Anushka Asthana: Clive Lewis quits shadow cabinet over Brexit bill, in: The Guardian, 9.2.2017.

17 Anushka Asthana/Rowena Mason/Lisa O'Carroll: Parliament passes Brexit bill and opens way to triggering article 50, in: The Guardian, 13.3.2017.

18 Theresa May: Prime Minister's letter to Donald Tusk triggering Article 50, 29.3.2017, abrufbar unter: https://www.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/604079/Prime_Ministers_letter_to_European_Council_President_Donald_Tusk.pdf (letzter Zugriff: 13.8.2017).

19 Frankfurter Allgemeine Zeitung: Labour-Fraktion entzieht Corbyn das Vertrauen, 29.6.2016.

20 Michael White: The Brexit vote aftermath explained: a wild week in UK politics, in: The Guardian, 2.7.2016.

siegte Corbyn eindeutig über Smith und hatte damit sein Wahlergebnis im Vergleich zum Vorjahr sogar noch verbessert.²² Dennoch kam die Partei nicht zur Ruhe. Sorgen um die Zukunft Labours mehrten sich, insbesondere auch, als die Konservativen Ende Februar die Nachwahl in Copeland gewannen – ein Wahlkreis im Nordwesten Englands, den Labour seit 1935 innegehabt hatte. Es zeigte sich, dass Mays harte Haltung beim EU-Austritt den Tories Stimmen von der UK Independence Party (UKIP) brachte. Zugleich wirkten die Konservativen wie das genaue Gegenteil der Labour-Partei, die keine klare Haltung zum Brexit hatte – einem Thema, das auch die Unterstützer Labours spaltete.²³ Bei der zeitgleich in Stoke-on-Trent stattfindenden Nachwahl konnte Labour allerdings den Wahlkreis, dessen Wähler mit 70 Prozent für einen EU-Austritt votiert hatten, gegen UKIP-Parteiführer Paul Nuttall verteidigen, obwohl dieser zunächst als Favorit galt. Beide Nachwahlen waren nötig geworden, da die jeweiligen Labour-Abgeordneten – Kritiker Corbyns – die Politik verlassen hatten.²⁴

UKIP hatte nicht nur mit Wählerabwanderungen zu den Konservativen zu kämpfen, sondern befand sich nach dem Referendum auch in einer Orientierungskrise. Nach dem Rücktritt Nigel Farages als Parteivorsitzender direkt nach dem Austrittsvotum wurde Diane James zur Nachfolgerin gewählt. Sie trat bereits nach 18 Tagen im Amt wieder zurück. In einer zweiten Wahl wurde dann Farages Stellvertreter Nuttall zum neuen Vorsitzenden gewählt. Dieser bemühte sich, die Partei etwa mit Blick auf die Einwanderungspolitik zu radikalisieren, um sie wieder für die Wähler attraktiv zu machen.²⁵ Ende März 2017 verlor UKIP ihren einzigen Parlamentsabgeordneten, als Douglas Carswell die Partei verließ, um fortan als unabhängiger Abgeordneter im Parlament zu sitzen.²⁶

Die Liberaldemokraten hatten sich nach dem Referendum dafür entschieden, sich als Partei der 48 Prozent der Wähler zu präsentieren, die für einen Verbleib in der Europäischen Union gestimmt hatten. Bei einer Nachwahl im Wahlbezirk Richmond Park, in dem die Wähler für einen EU-Verbleib gestimmt hatten, gelang es ihnen im Dezember, den europaskeptischen Abgeordneten Zac Goldsmith vorläufig abzulösen.²⁷

Die Reaktion der ‚Devolved Nations‘

Die SNP, die die Regionalregierung in Edinburgh führte und 56 der 59 schottischen Sitze im Londoner Unterhaus innehatte, hatte bereits unmittelbar nach dem Referendum klar gemacht, dass sie das Votum der schottischen Bürger – 62 Prozent für einen EU-Verbleib – zu würdigen gedachte.²⁸ Die Erste Ministerin Nicola Sturgeon hatte damals erklärt, ein weiteres Unabhängigkeitsreferendum könne notwendig werden, sollte es nicht möglich sein, dass Schottland in der Europäischen Union verbleibe. Eine schottische Brexit-

21 Anushka Asthana: Theresa May calls Brexit meeting amid reports of single market split, in: *The Guardian*, 28.8.2016.

22 Jochen Buchsteiner: Kampf unter der Kuppel, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 28.9.2016.

23 George Parker: By-election win strengthens May's hand ahead of Britain's EU exit talks, in: *Financial Times*, 25./26.2.2017.

24 Jochen Buchsteiner: Die neue Arbeiterpartei, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 25.2.2017.

25 Jochen Buchsteiner: Versuche, sich wieder ins Gespräch zu bringen, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 3.6.2017.

26 BBC News: Douglas Carswell quitting UKIP to become independent MP for Clacton, 25.3.2017, abrufbar unter: <http://www.bbc.com/news/uk-politics-39393213> (letzter Zugriff: 12.08.2017).

27 George Parker: British Eurosceptic Conservatives endure bad week, in: *Financial Times*, 3./4.12.2016.

28 Vgl. Birgit Bujard: *Vereinigtes Königreich*, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): *Jahrbuch der Europäischen Integration 2016*, Baden-Baden 2016, S.599.

Sonderlösung lehnte die May-Regierung ab. Allerdings erklärte May bei ihrem ersten Besuch in Edinburgh nach dem Amtsantritt Mitte Juli 2016, die schottische Regierung werde vollständig in die EU-Austrittsverhandlungen einbezogen.²⁹ Beim Tory-Parteitag im Oktober erklärte May, es werde keinen Opt-out vom EU-Austritt geben.³⁰ Im Dezember veröffentlichte die SNP-Regierung ihre Vorschläge für die Zukunft Schottlands in Europa. Darin forderte sie, dass Schottland auch im Falle eines britischen EU-Austritts Mitglied des Binnenmarkts sowie der EU-Zollunion bleibe, da ein ‚harter‘ Brexit den ökonomischen und sozialen Interessen Schottlands entgegen stehe. Zudem sollten derzeit an die Europäische Union abgegebene Rechte, etwa in der Fischerei- oder Landwirtschaftspolitik, nach dem britischen Austritt nicht an London, sondern an Schottland zurückgehen. Ebenso rief die Regionalregierung zu einem flexiblen Ansatz in der Einwanderungspolitik auf, der es Regionen wie Schottland erlauben würde, diese eigenständig zu bestimmen. Grund dafür war, dass die SNP-Regierung eine Einschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit als negativ für die schottische Wirtschaft ablehnte.³¹ Am 28. März 2017 stimmte das Edinburgher Parlament mit 69 zu 59 Stimmen für eine Vorlage der Regionalregierung für ein zweites Unabhängigkeitsreferendum. Einen Tag später wiederholte May im Unterhaus ihre Ablehnung einer Sonderregelung für Schottland beim EU-Austritt.³²

Nordirland, der einzige Teil des Vereinigten Königreichs, der eine Landesgrenze mit einem EU-Land hat, war besonders von der Austrittsentscheidung betroffen. Im März 2017 gab es dort Neuwahlen, nachdem die Regierung bestehend aus der nationalistischen Sinn Féin und der unionistischen Democratic Unionist Party (DUP) aufgrund eines Skandals über die Vergabe öffentlicher Gelder, der auch die DUP-Vorsitzende Arlene Foster betraf, Anfang des Jahres gescheitert war. Bei der Wahl verloren die unionistischen Parteien ihre traditionelle Mehrheit und die DUP hatte nur noch einen Sitz mehr als Sinn Féin. Dem in den 1990er Jahren geschlossenen Friedensabkommen zufolge müssen die größte unionistische und die größte nationalistische Partei gemeinsam die Regierung führen. Somit war eine Einigung der pro-Brexit-DUP und der anti-Brexit-Sinn Féin zwingend nötig, um eine Regierung aus London zu vermeiden.³³ Bis zum Sommer 2017 konnten sich die Parteien nicht auf eine gemeinsame Regierung einigen.

Die Parlamentswahl von 2017

Überraschend kündigte die Premierministerin am 18. April an, dass sie Neuwahlen am 8. Juni anstreben werde. May, die monatelang Neuwahlen mit dem Argument ausgeschlossen hatte, das Vereinigte Königreich brauche nach dem EU-Austrittsvotum Stabilität, erklärte nun, während das Land zusammengekommen sei, sei Westminster es nicht. Sie kritisierte die Oppositionshaltung von Liberaldemokraten, SNP, Labour-Partei sowie der Lords im Oberhaus gegenüber ihren Brexit-Plänen. Mays Argumentation zufolge könne sie das bestmögliche Verhandlungsergebnis für das Land nur erreichen, wenn man ihr dafür ein starkes Mandat gebe.³⁴ Das Unterhaus, das gemäß des Fixed Term Parliaments Act von

29 Jochen Buchsteiner: Eiserne Union, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.7.2016.

30 Francis Elliott/David Charter: EU leaders reject May over ‘hard’ Brexit talks, in: The Times, 3.10.2016.

31 Scottish Government: Scotland’s Place in Europe, Edinburgh, 2016, abrufbar unter: <http://www.gov.scot/Resource/0051/00512073.pdf> (letzter Zugriff: 13.8.2017).

32 Frankfurter Allgemeine Zeitung: Fliehkräfte im Vereinigten Königreich, 30.3.2017.

33 Vincent Boland: DUP and Sinn Féin strive to end impasse, in: Financial Times, 28.6.2017.

34 Frankfurter Allgemeine Zeitung: Premierministerin May kündigt Neuwahlen für den 8. Juni an, 19.4.2017.

2011 mit einer Zweidrittelmehrheit für vorgezogene Wahlen votieren muss, stimmte mit 522 gegen 13 Stimmen für Neuwahlen.³⁵ Der Zeitpunkt für die Wahl schien günstig. Während May nur eine Parlamentsmehrheit von 17 Mandaten hatte, gab es Umfragen, die den Konservativen einen Vorsprung von mehr als 20 Prozentpunkten vor Labour bescheinigten.³⁶ Zudem erfreute sich die Premierministerin starker persönlicher Zustimmungswerte, während die des Labour-Parteichefs Corbyn zu den Schlechtesten für einen Oppositionsführer gemessenen zählten.³⁷

Die Kommunalwahlen am 5. Mai galten als Stimmungstest für den Urnengang im Juni. Während Labour Verluste hinnehmen musste, konnten die Tories in weiten Teilen von Wales, England und teilweise sogar in Schottland deutliche Zugewinne verzeichnen. Besonders schlimm traf es UKIP, die fast alle ihre Mandate verlor. Enttäuschend war das Ergebnis auch für die Liberaldemokraten, deren pro-europäischer Kurs sich nicht als sonderlich erfolgreich erwies.³⁸ Nutznießer der Abwanderungen von UKIP waren die Konservativen, denen es gelang, die Stimmen der EU-Austrittsbefürworter auf der rechten Seite des politischen Spektrums zu bündeln.³⁹ Auf der Seite der ‚Remainer‘ zeigte sich ebenfalls Bewegung. So identifizierten Meinungsforscher die Gruppe der ‚Re-Leavers‘: Wähler, die im Referendum gegen den EU-Austritt gestimmt hatten, aber nun glaubten, dass es kein Zurück gebe und May die Politikerin sei, die ein bestmögliches Austrittsabkommen erreichen könne.⁴⁰

Doch Ende Mai zeigten die Umfragen ein verändertes Bild und der umfangreiche Vorsprung der Konservativen gegenüber Labour schmolz zusammen. Das lag auch am Wahlprogramm der Tories. Dies enthielt einen Plan zur Altenpflegereform, welcher höhere Belastungen für Senioren vorsah. Als dies auf vehemente Kritik stieß, machte May einen Rückzieher und erklärte, der Anteil an den Pflegekosten, den Bürger leisten müssten, werde gedeckelt. Ihre Kehrtwende stand im Kontrast zum Slogan, mit dem sie kandidierte, der besagte, nur sie könne eine ‚starke und stabile Regierung‘ gewährleisten.⁴¹ Parallel hatte Labour ein Wahlprogramm veröffentlicht, das unter anderem zusätzliche sozialstaatliche Ausgaben sowie mehr Geld für den nationalen Gesundheitsdienst (NHS) und Bildung vorsah. Zudem versprach die Partei die Abschaffung der Studiengebühren. Insbesondere junge Wähler unterstützten Corbyn. In Sachen Brexit vertrat die Partei bewusst eine vage Position: Unterstützung des EU-Austritts, aber mit Einschränkungen. Ziel war es, damit sowohl die jungen, pro-europäischen Wähler in den Städten zu erreichen wie auch die europaskeptischen Wähler in den post-industriellen Regionen des Landes.⁴²

Das Wahlergebnis am 8. Juni war für die Konservativen enttäuschend. Sie gewannen nur 318 Parlamentssitze. Für eine absolute Mehrheit wären 326 Sitze nötig gewesen. Während sie 13 Sitze verloren, gelang es Labour, 30 hinzu zu gewinnen und ihre Fraktion

35 Nadia Khomami: Everything you need to know about the UK's 2017 general election, in: The Guardian, 24.4.2017.

36 George Parker: May seeks mandate after polls show opportunity looks too good to miss, in: Financial Times, 19.4.2017.

37 Robert Ford: A Conservative landslide is likely, but no election is risk free, in: The Observer, 23.4.2017.

38 Jochen Buchsteiner: Gutes Omen für May, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6./7.5.2017.

39 Robert Ford: Exit Ukip stage right as Tories build formidable Brexit coalition, in: The Observer, 6.5.2017.

40 George Parker: Then I saw May's face, now I'm a Re-Leaver, says Remain town, in: Financial Times, 20./21.5.2017.

41 Frankfurter Allgemeine Zeitung: Theresa May und das Pfund schwächeln, 27.5.2017.

42 Jim Pickard: The unlikely rise of Jeremy Corbyn, in: Financial Times, 6.6.2017; Jim Pickard: Corbyn's 'gobsmacking' result confounds critics, in: Financial Times, 9.6.2017.

auf 262 Sitze zu vergrößern. UKIP gewann keinen Sitz. Das Ergebnis für die Liberaldemokraten war ebenfalls enttäuschend. Die pro-europäische Partei gewann nur vier Sitze hinzu. Auch für die SNP zeigte sich, dass die Ankündigung eines Unabhängigkeitsreferendums wahltaktisch ein Misserfolg war. Sie verlor 21 Sitze und ihre Fraktion schrumpfte auf 35 Mandate. Die DUP wiederum gewann 10 Sitze.⁴³ May kündigte an, als Vorsitzende der größten Parlamentsfraktion wolle sie im Amt bleiben und ebenso am Zeitplan für die EU-Austrittsverhandlungen festhalten. Zudem werde sie ein Duldungsabkommen mit der DUP abschließen.⁴⁴ Britische Pro-Europäer hofften, das Wahlergebnis würde May dazu nötigen, von ihrem Plan eines ‚harten‘ Brexit Abstand zu nehmen oder dass der EU-Austrittsprozess gar ganz zum Ende käme. Dem widersprachen allerdings Brexit-Befürworter wie der ehemalige konservative Minister John Redwood.⁴⁵

Geschwächt verzichtete May auf eine umfangreiche Kabinettsumgestaltung und ernannte die führenden Minister wieder auf ihre vormaligen Posten. Dies beinhaltete auch Schatzkanzler Hammond, der als Gegner eines ‚harten‘ Brexit galt und den sie während des Wahlkampfes marginalisiert hatte.⁴⁶

Die Verhandlungen mit der DUP waren schwierig. Die Partei stand zwar dem rechten Tory-Flügel nahe, trat aber für höhere Staatsausgaben in Nordirland ein. Sie unterstützte den EU-Austritt, wollte aber keine harte Grenze zwischen Nordirland und der Republik Irland.⁴⁷ Erst nach zwei Wochen und somit nach Beginn der EU-Austrittsverhandlungen gelang es May, eine Einigung mit der DUP zu erreichen. Deren Abgeordnete verpflichteten sich in einem ‚confidence and supply deal‘, die Tories beim Brexit und in anderen wichtigen Fragen im Parlament zu unterstützen. Im Gegenzug sicherte die Londoner Regierung Nordirland zusätzliche staatliche Förderung in Höhe von 1 Mrd. Pfund für die kommenden beiden Jahre zu.⁴⁸ Das Abkommen war umstritten und führte auch zu Kritik aus den eigenen Reihen. So hatte der vormalige konservative Premierminister John Major unmittelbar nach der Wahl davor gewarnt, mit der DUP ein Duldungsabkommen zu schließen. Aus seiner Sicht war damit ein zentraler Bestandteil des nordirischen Friedensprozesses gefährdet. Demnach soll die britische Zentralregierung als neutraler Vermittler zwischen den rivalisierenden Seiten in Nordirland fungieren. Dieses Prinzip sei jedoch bedroht, wenn die Regierung mit einer der beiden Seiten ein Abkommen schließe, so Major.⁴⁹

Infolge der eigenen Wahlschlappe und der Erfolge der Tories in Schottland unter Ruth Davidson, die für den Verbleib im Vereinigten Königreich eintraten, erklärte SNP-Parteiführerin Sturgeon Ende Juni, es werde keine baldige Gesetzgebung für ein weiteres Unabhängigkeitsreferendum geben. Stattdessen wolle man sich darauf konzentrieren, die Bedingungen des britischen EU-Austritts zu beeinflussen.⁵⁰

43 BBC News: Election 2017, abrufbar unter: <http://www.bbc.com/news/election/2017/results> (letzter Zugriff: 13.8.2017).

44 Frankfurter Allgemeine Zeitung: May will Minderheitsregierung bilden, 10.6.2017.

45 George Parker: Europhiles hope for rethink on strategy, in: Financial Times, 10./11.6.2017; George Parker/Robert Wright/Mure Dickie: May clings on after poll disaster with pro-EU forces set to strike, in: Financial Times, 10./11.6.2017.

46 George Parker/Robert Wright: May retains fragile party support as battle weariness sets in, in: Financial Times, 10.6.2017.

47 Vincent Boland: Ulster unionist support comes with strings attached, in: Financial Times, 10./11.6.2017.

48 BBC News: Conservatives agree pact with DUP to support May government, 26.6.2017.

49 Sascha Zastiral: Macht oder Frieden?, in: Zeit Online, 15.6.2017.

50 Mure Dickie: Sturgeon delays second referendum proposal, in: Financial Times, 28.6.2017.

Der Beginn der Austrittsverhandlungen

Am 19. Juni 2017 begannen die Austrittsverhandlungen zwischen Großbritannien und der Europäischen Union in Brüssel. Schon im Frühjahr hatte sich bei der Festlegung der europäischen Verhandlungsposition ein zentraler Unterschied zu den britischen Interessen gezeigt. Der Europäischen Union zufolge werde es keine parallelen Verhandlungen geben. Zuerst sollten die Umstände des Austritts geklärt werden. Erst wenn es dort „ausreichend Fortschritt“ gebe, könne man über das zukünftige Verhältnis verhandeln.⁵¹ Die Briten hatten parallele Verhandlungen gewollt. Doch zu Beginn der Verhandlungen machte Chefunterhändler Davis eine Kehrtwende und stimmte dem Zeitplan der Europäischen Union zu. Beide Seiten vereinbarten zudem monatliche Verhandlungsrunden sowie die Bildung von drei Arbeitsgruppen, die sich um die Themen Bürgerrechte, finanzielle Belange und andere rechtliche Fragen des Austrittsprozesses kümmern werden. Separat werde es einen Dialog über die Frage der irischen Grenze geben.⁵²

Nach der Parlamentswahl nahmen die Diskussionen innerhalb der Regierung über die Verhandlungsposition Großbritanniens wieder zu. Insbesondere Schatzkanzler Hammond, dessen Absetzung durch May im Falle einer gewonnenen Parlamentswahl erwartet worden war, ging gestärkt aus der Wahl hervor. Er erklärte, Arbeitsplätze und wirtschaftliches Wachstum müssten Priorität bei den Austrittsverhandlungen haben.⁵³ Aus seiner Sicht wäre ein ‚harter Brexit‘ nur mit einer langen Übergangsfrist möglich. Hiermit setze er einen anderen Akzent in der Brexit-Debatte als May mit ihrem Fokus auf der Kontrolle der Einwanderung.⁵⁴

Ende Juni veröffentlichte die Regierung ihr erstes Papier mit Vorschlägen zu den zukünftigen Rechten von EU-Bürgern in Großbritannien. Zuvor hatte die Premierministerin bei der ersten Sitzung des Europäischen Rates nach Beginn der Austrittsverhandlungen die anderen Staats- und Regierungschefs über die britische Position in der Frage informiert. May sagte, sie erwarte, dass britische Bürger in der Europäischen Union im Gegenzug die gleichen Rechte zugestanden würden. Die Ablehnung der britischen Regierung in dem Jahr seit dem EU-Referendum, die Rechte von EU-Bürgern im Vereinigten Königreich unilateral zu garantieren und damit die Entscheidung, diese zum Verhandlungsgegenstand zu machen, hatte zu vehementer Kritik von Seiten der Oppositionsparteien wie Labour und Liberaldemokraten sowie von Interessengruppen, die sich für die Rechte von EU-Bürgern in Großbritannien einsetzten, geführt. Im Widerspruch zu den Forderungen der Europäischen Union stand bei den nun veröffentlichten Vorschlägen die britische Weigerung, EU-Bürgern zuzugestehen, ihre Rechte vor dem Gerichtshof der Europäischen Union einklagen zu können. Stattdessen sollten diese Rechte ausschließlich durch britische Gerichte garantiert werden.⁵⁵

51 Alexander Mühlauer: Eins nach dem anderen, in: Süddeutsche Zeitung, 1./2.4.2017.

52 Alex Barker/Jim Brunsden: Early Brexit talks to focus on divorce bill, in: Financial Times, 20.6.2017.

53 Jim Brunsden/Jim Pickard: Hammond vague on single market exit, in: Financial Times, 17.6.2017.

54 Financial Times: A Queen's Speech to reflect a sombre Britain, 22.6.2017.

55 Heather Stewart/Daniel Boffey/Lisa O'Carroll: PM makes 'fair and serious' offer on EU citizen rights in UK, in: The Guardian, 23.6.2017; Jon Henley/Jessica Elgot: Brexit weekly briefing: government fails to settle EU citizens' jitters, in: The Guardian, 27.6.2017.

Schlussbemerkungen

Auch ein Jahr nach dem Austrittsvotum gab es keinen Konsens darüber, wie die zukünftige britische Beziehung zur Europäischen Union aussehen sollte – weder in der Bevölkerung noch bei den politischen Eliten. Die Parlamentswahl von 2017 hatte zwar gezeigt, dass die Bürger nicht mehrheitlich hinter der Strategie der Premierministerin eines ‚harten‘ Brexit standen. Die Wähler hatten aber auch nicht entschieden, die den EU-Austritt ablehnenden Liberaldemokraten nennenswert zu stärken oder Labour die Führung des Landes zu übertragen. Durch die mangelnde Festlegung der Labour-Partei auf eine klare Position zum Brexit stand auch keine überzeugende Alternative zur Regierung zur Verfügung. Die nun begonnenen Austrittsverhandlungen werden zeigen, wie die konservative Regierung damit umgeht, wenn ihre Entscheidungen zum EU-Austritt reale Konsequenzen haben und wenn wie bei jeder Verhandlung offensichtlich wird, dass nicht die Maximalposition erreicht werden kann, sondern teilweise schmerzhaft Kompromisse gemacht werden müssen.

Weiterführende Literatur

- Charles Grant: Mrs May's emerging deal on Brexit: Not just hard, but also difficult, abrufbar unter: <http://www.cer.eu/publications/archive/policy-brief/2017/mrs-mays-emerging-deal-brexit-not-just-hard-also-difficult> (letzter Zugriff: 11.8.2017)
- The UK in a changing Europe: EU referendum: one year on, abrufbar unter: <http://ukandeu.ac.uk/research-papers/eu-referendum-one-year-on/> (letzter Zugriff: 7.9.2017).
- Akash Paun/George Miller: Four-nation Brexit, How the UK and the devolved governments should work together on leaving the EU, 24.10.2016, abrufbar unter: https://www.instituteforgovernment.org.uk/sites/default/files/publications/lfg_four%20nation_Brexit_briefing_v6.pdf (letzter Zugriff: 7.9.2017).